

Zusammenfassung Pflichtlektüre Policy Analyse

Kapitel 1:

Policies werden in vergleichender Perspektive untersucht. Dabei unterscheiden sich

3 Phänomene:

- Unterschiede im Ländervergleich (z.B. Wohlfahrtsanalysen, Umwelt- oder Moralpolitik)
- Verschiedene Politikfelder (z.B. Sozialpolitik oder Umweltpolitik)
- Policies im Laufe der Zeit (Wieso erweisen sich gewisse Policies als stabil, während andere sich schnell verändern?)

Harold Lasswell's **rationalistisches Modell:**

- Intelligence (Sammlung und Darstellung allen relevanten Wissens und Informationen)
- Promotion (Identifikation und Unterstützung ausgewählter Alternativen)
- Invocation (Durchsetzung der Policy)
- Termination (Beendigung einer Policy)
- Appraisal (Evaluation der Policy Wirkungen vor dem Hintergrund der ursprünglichen Ziele)

Inkrementalismus ist ein Politikstil des zurückhaltenden Reformierens und wird häufig angewendet um tiefgreifende Reformen durchzubringen

Kapitel 2:

Klassifikation: eine systematische Erfassung und Ordnung von Objekten, die in Gruppen oder Kategorien zusammengefasst werden. Sie muss eindeutig, ausschliesslich und vollständig sein

Typologie: Ein Objekt darf mehreren Typen zugeordnet werden

Policy Typologie nach Lowi (Abb. 2.1):

→ Fragt nach den Kosten und Nutzen von Policies, die entscheidende Auswirkungen auf den Prozess der Politikgestaltung haben

- Redistributive Policy: soll Kosten und Nutzen umverteilen, Verteilungskonflikte entstehen
- Distributive Policy: unklare Verteilung von Kosten und Nutzen, da keine direkte Konkurrenz der Profiteure z.B. Konjunkturprogramme
- Regulative Policy: geht nicht um finanzielle Transfers sondern um Regeln für menschliches Verhalten, es kann trotzdem eine Umverteilung von Kosten und Nutzen entstehen, z.B. strikte Umweltstandards für Unternehmen
- Konstituierende Policy: Regelt die institutionelle Struktur für Politik, d.h. wie die anderen Policies umgesetzt werden

Problem: Unterscheidung objektiver Kosten und Nutzen und der tatsächlichen Wahrnehmung. Regierungen versuchen, diese strategisch zu beeinflussen

Die Wahrnehmung über eine Policy kann ändern zw. Redistributiv und distributiv, z.B. es werden plötzlich viele neue Leute arbeitslos

Wichtig: es besitzen nicht alle Policies das gleiche Politisierungspotential!

Policy Typologie nach Wilson (Abb. 2.2):

- Majoritäre Politik ist stark von der öffentlichen Meinung sowie von den parteipolitischen Verhältnissen abhängig
- Unternehmerische Politik besagt, dass Unternehmer einen viel grösseren Anreiz haben zur Gegenwehr und Mobilisierung als die Gegenseite (Zivilbevölkerung)
- Bei der klientelistischen Politik profitieren wenige kleine Gruppen, die dadurch gut mobilisieren können, eigentlich das Gegenteil der Unternehmerischen Politik
- Interessengruppenpolitik hat zwei gegenüberstehende Interessengruppen, die sich gegenseitig bekämpfen
→ Beide wollen das Ergebnis zu ihren Gunsten wenden. Es kann lange dauern bis eine Entscheidung vorliegt, der Gewinner ist der mit den grösseren Ressourcen und der besseren Verhandlungsstrategie

Policy Taxonomie von Hood und Margetts (Abb. 2.3):

Hier wird zwischen Steuerungsinstrumenten und –Prinzipien unterschieden

Steuerungsinstrumente bezeichnen bestimmte Mittel oder Techniken, anhand derer Regierungen versuchen, ihre Policy Ziele zu erreichen

Steuerungsprinzipien beziehen sich auf bestimmte Klassen oder Gruppen von Instrumenten

NATO Schema:

Policies werden anhand 4 grundlegender Steuerungsprinzipien eingeordnet: Nodality, Authority Treasure und Organisation

- Nodality: Verteilung und Nutzung von Informationen durch das politisch administrative System
- Authority: Recht ist die zentrale Ressource staatlichen Handelns
- Treasure: Hier geht es um positive und negative finanzielle Anreize, z.B. Steuern, Subventionen, Sanktionen oder Gebühren
- Organisation: Der Staat selbst erreicht Ziele, durch staatliche und halbstaatliche Unternehmen, z.B. öffentlicher Verkehr, Bildung, diplomatische Beziehungen oder Strassenbau

Nationale Politikstile, Ansatz von Knill & Tosun (Abb. 2.4):

- Wenn der Entwicklungsstand in einem Land gering ist, ist es wahrscheinlicher, dass der Policy-Prozess Verteilungskonflikte entstehen lässt
- Wenn sich die wirtsch. Situation in einem Land verändert, kann es eine Veränderung des Politikstils geben
- Bei schlechter Konjunktur muss die Regierung hart durchgreifen und staatliche Massnahmen auch gegen Widerstand durchsetzen, es wird immer Widerstand geben, wenn das Überleben auf dem Spiel steht
- Institutionelle Strukturen beeinflussen die Politikgestaltung, indem sie eher konsensorientiert oder konkurrenzbasiert sind
- Kurzfristige Entwicklungen, wie Veränderung der Regierungszusammensetzung können den nationalen Politikstil verändern
- Verankerte Muster zwischen Staat und Gesellschaft können Politikstile bestimmen, indem sie pluralistisch oder korporalistisch sind
- Es kommt auf den Problemtyp drauf an, wie aktiv bestimmte Akteure sind, dies schlägt sich auch im Politikstil nieder
- Vorangegangene politische Entwicklungen können Pfadabhängigkeiten schaffen
- Politikstile werden in starkem Masse von den Konfliktlinien geprägt

Kapitel 3:

Theoretische Konzepte werden grob eingeteilt in:

- Strukturalistische Modelle, die sozioökonomische Entwicklungen und soziale Konfliktlinien betonen
- Institutionalistische Modelle, die den Schwerpunkt auf formelle und informelle institutionelle Arrangements legen und wie diese Politikgestaltung beeinflussen
- Akteurszentrierte Modelle, die sich auf Akteuren und deren Präferenzen hinsichtlich politischer Entscheidungen beziehen

Strukturalistische Modelle:

- **Die sozioökonomische Schule:**

Wurde im 19. Jhd. aufgestellt zur Zeit der industriellen Revolution. Sozioökonomische Veränderungen verursachen positive sowie negative Veränderungen für eine bestehende Gesellschaft. z.B. Wenn Frauen in das Berufsleben einsteigen steigert sich die Produktion und der Wohlstand aber gleichzeitig kann die Familie nicht mehr ihre Funktion der Kinderbetreuung wahrnehmen. Deshalb werden neue Dienstleistungen geschaffen, die dieser Entwicklung Rechnung tragen.

Der Vorteil der sozioökonomischen Schule ist, dass sie strukturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen betrachtet, welche zu neuen oder veränderten Policies führen

- **Der Cleavage Ansatz:**

4 Konfliktlinien zwischen gesellschaftlichen Gruppen:

1. Zentrum – Peripherie
→ Zentralisierung oder Dezentralisierung von politischer Macht
2. Staat – Kirche
→ staatliches Handeln abhängig von religiösen Strukturen od. Trennung von Staat und Kirche
3. Land – Stadt
Problem von Handel: Schutz der Agrarwirtschaft vs. Höheren Wohlstand
4. Arbeitnehmer – Arbeitgeber
Gute Arbeitsbedingungen durch den Staat vs. liberale Marktwirtschaft

Neu auch noch:

5. Materialismus – Post-Materialismus
→ Priorität von neuen Werten wie Umweltschutz oder Selbstverwirklichung
6. Selbstbestimmung – Globalisierung

Institutionalistische Modelle:

- **Klassische institutionelle Ansätze:**

Lijphart: Mehrheitsdemokratien und Konsensdemokratien

Castle: vergleicht 4 Länderfamilien, welche Unterschiede in der Politikgestaltung zeigen (englischsprachig, kontinental, skandinavisch, südlich)

- **Soziologischer Institutionalismus:**

→ Analyse soziokultureller Strukturen

Institutionen beeinflussen die Art und Weise wie Akteure ihre Ziele wahrnehmen

Konzept der Logik der Angemessenheit: Entscheidungsfindung von Individuen basiert auf den ihnen als gesellschaftlich angemessenen Handlungsmaximen

Institutioneller Isomorphismus: Wenn Organisationen unter Druck stehen, nehmen sie institutionellen Isomorphismus an, d.h. sie passen ihre Strukturen und Abläufe entsprechend an, um mit den Organisationen von denen sie abhängig sind, besser übereinzustimmen

- **Historischer Institutionalismus:**
→ Optionen sind stark durch den Policy Pfad eingegrenzt, deshalb muss die gesamte geschichtliche Entwicklung miteinbezogen werden

- Phasen:
 - critical juncture – kritischer Moment: institutionelle Weichenstellung
 - inkrementelle Phase: Policies werden entlang des gewählten Pfades weiterentwickelt

Rationalistische Variante: strukturierender Effekt von institutionellen Verriegelungseffekten (lock-ins)

Soziologische Variante: Institutionen beeinflussen die Vorstellung über die Eigeninteressen der Akteure, bestimmte Ergebnisse werden als wünschenswerter als andere dargestellt

Esping Andersen: 3 wohlfahrtsstaatliche Regime (liberal, konservativ und sozialdemokratisch) können anhand des Dekommodifizierungsgrades klassifiziert werden. Der Dekommodifizierungsgrad gibt Auskunft über den Grad der Abkoppelung sozialer Sicherheit vom Arbeitsmarkt

Streeck und Thelen: 5 Mechanismen um graduellen Wandel von Institutionen zu beschreiben:

- Displacement (Ablösung): verschiedene Regeln in einem institutionellen Arrangement die in einem Spannungsverhältnis stehen -> Es kommt zu Wandel wenn die dominierende Regel abgelöst wird
- Layering (Schichtung): bestehendes Arrangement wird durch neue Elemente erweitert
- Drift (Abwandern): Institution wird nicht an die neuen Umweltbedingungen angepasst und verliert an Bedeutung
- Conversion (Umbau): bestehende Institution wird auf neue Funktionen umdefiniert
- Exhaustion (Erschöpfung): Zusammenbruch durch Überlastung führt zu Zusammenbruch

- **Rational-Choice Institutionalismus:**

→ basiert auf der Logik der Konsequenzen

Rationale Akteure verwenden ihre Ressourcen dahingehend, ihren individuellen Nutzen auf Basis ihrer Präferenzen möglichst zu maximieren. Diese sind exogen gegeben (im Vergleich zum soziologischen Institutionalismus)

3 Konsistenzkriterien für die Präferenzen der Akteure:

- Vollständigkeit: alle Entscheidungsalternativen sollen in einer Rangfolge angeordnet werden können
- Transitivität: $A > B, B > C \rightarrow A > C$
- Reflexivität: Präferenzen sollen sich mittels einer zweistelligen Relation anordnen lassen

Hauptvorteil des Rational-Choice-Institutionalismus ist, dass er explizit die Interessen der Akteure einbezieht

Akteurszentrierte Modelle:

- **Verhalten staatlicher Akteure**

→ Einfluss von politischen Parteien, Parteien haben 3 Ziele:

- Vote-seeking: Stärke ihrer Repräsentanten im Parlament zu maximieren
- Office-seeking: Regierungsämter oder Kabinettsposten besetzen
- Policy-seeking: Parteien wollen Politikinhalt verwirklichen

Parteidifferenzhypothese: unterschiedliche Sichtweisen im Konflikt um niedrige Arbeitslosigkeit und niedriger Inflation:

- Linke Parteien: Hauptziel ist die Senkung der Arbeitslosigkeit, da viele Wähler Arbeiter und kein grosses Vermögen
- Rechte Parteien: möglichst Inflation begrenzen, da viele Wähler vermögend

Politischer Konjunkturzyklus: Vor den Wahlen werden die Staatsausgaben erhöht und eine umverteilende Politik betrieben, während nach den Wahlen Steuern erhöht werden und Leistungen gekürzt

Modell der budget-maximierenden Bürokratie: Bürokraten probieren, das Budget ihrer Behörde möglichst zu vergrößern um interne Macht und Prestige zu sichern, auf der Grundidee, dass eine Exekutive das Budget vor allem auf qualitativen anstatt quantitativen Leistungen festlegt.

Prinzipal-Agenten-Ansatz: Informationsvorsprung des Agenten (Verwaltung) schafft Anreize, die eigenen Präferenzen zu verfolgen, anstatt den Auftrag des Prinzipals (Entscheidungsträger) umzusetzen → Es kommt zu Abweichungen vom Willen des Prinzipals

Bureau-Shaping-Modell: Verwaltungsangestellte und Beamte sind in erster Linie daran interessiert, ihren Status und die Qualität ihrer Arbeit zu maximieren. → Ist eher durch eine Ausweitung von Stabsfunktionen als durch Budgetmaximierung zu erreichen. Beamte verfolgen dieses Ziel mit 5 Strategien:

- Interne Neuorganisation
- Interne Arbeitsabläufe umgestalten
- Beziehung zu externen Partnern neu definieren
- Wettbewerb mit anderen Verwaltungen und Verwaltungseinheiten
- Funktionen und Aufgaben auf andere Organisationen übertragen

- **Rolle gesellschaftlicher Akteure**

Interessengruppen können Einfluss auf die Politik nehmen, indem sie Fachwissen und finanzielle Beiträge anbieten, sowie bei Kampagnen mitwirken. Einnahmequellen, organisatorische Eigenschaften, Mitgliederzahl sowie die Rekrutierung neuer Mitglieder unterscheiden erfolgreiche von erfolglosen Institutionen. Je komplexer und technischer ein Thema ist, desto mehr Einfluss kann die Gruppe nehmen, der Einfluss hängt aber auch vom Wettbewerb mit anderen Gruppierungen ab.

Pluralismus: 1. Gleicher Zugang zur politischen Arena

2. Fragmentierung des Marktes

3. Wettbewerbsprozess

4. Neutralität der Regierung

→ Ist jedoch in der Realität selten gegeben! Unternehmen sind in einer besseren Stellung als andere Gruppen, denn sie können sich besser organisieren.

Spielarten des Kapitalismus – Konzept: Beschreibt, wie Unternehmen ihre Beziehung nach innen (Beschäftigte, Aktionäre), sowie nach aussen (Kooperationspartner, gesellschaftliche Akteure (Gewerkschaften, Verbände), Staat) gestalten.

(Neo)-Korporatismus: Interessengruppen werden in einzelnen, verpflichtenden, nicht konkurrierenden und hierarchisch gegliederten Kategorien gegliedert. Durch den Staat wird ihnen ein repräsentatives System zugeordnet.

Kapitel 4:

→ Verschiedene politische Themen konkurrieren um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der politischen Entscheidungsträger

- **Problemdefinition:**

Schritte der Problemdefinition:

- Kausalkette aufzeigen
- Nachteilige Folgen einer Handlungsweise und deren Ursachen beschreiben
- Problemverursacher beschuldigen
- Regierung dafür verantwortlich machen

Es gibt 2 Sichtweisen, wie Problemdefinition erfolgt: Einerseits eine **objektive**

Bestandsaufnahme von Problemen und deren Charakteristika. Jedoch sind die meisten Sachverhalte recht kompliziert und müssen in **vereinfachter Form** dargestellt werden.

WICHTIG: Akteure befinden sich im Wettstreit miteinander um die aus ihrer Warte richtige oder opportune Definition eines gegebenen Problems befinden.

Zur Beeinflussung der Problemdefinition können Akteure framing oder priming anwenden. Beim **framing** wird ein Thema von den Akteuren mittels eines Interpretationsrahmen, dem *frame*, in einen Kontext gerückt, der für ihre Interessen zweckdienlich erscheint. **Priming** funktioniert so, dass das wiederholte Aufgreifen von Themen – beispielsweise in den Medien – den Eindruck erwecken kann, dass es sich bei diesen um besonders wichtige Problemfelder handelt.

Expander versuchen, möglichst eine grosse Öffentlichkeit für ihr Anliegen zu gewinnen, indem sie es möglichst publik machen. **Container** versuchen das Thema vom öffentlichen Diskurs auszuschliessen, weil sie nachteilig davon betroffen wären.

Dimensionen von Problemen, die von der Expander Gruppe stärker ins Zentrum gerückt werden müssen als von der Container Gruppe:

- Aufzeigen eines Kausalzusammenhangs und Ursache eines Problems
→ Fragen nach der Schuldhafteit und der Zuweisung von Schuld spielen eine zentrale Rolle
- Dringlichkeit eines Problems
- Inzidenz, wie vorherrschend ein Problem ist
- Neuartigkeit eines Problems
- Sind Interessen der breiten Öffentlichkeit tangiert?
- Krisenartiger Charakter, damit die Öffentlichkeit alarmiert werden kann
- Eigenschaften der gesellschaftlichen Gruppe, die tangiert wird → verletzlich darstellen

Faktoren, welche Sichtweise sich im Prozess der Problemdefinition durchsetzt:

- Politische Macht und Ressourcen
- Rhetorische Strategien
- Institutioneller Kontext bzw. institutionelle Arena
- Wer ist autorisiert, das Thema zu definieren? Wer besitzt die *ownership*?
- Vorschlag einer politischen Lösung setzt sich eher durch
- Problemdefinition muss sich mit der öffentlichen Sichtweise decken

→ Eine bestehende gesellschaftliche Wahrnehmung eines Problems kann es erschweren, die Problemdefinition neu auszurichten (Pfadabhängigkeit)

→ Strategischer Vorteil, wenn man das Problem neu definieren kann, denn es ist schwer, eine Veränderung der Problemsichtweisen herzuführen

- **Agendagestaltung:**

- Agendasetzung: Aufnahme eines Themas auf die Agenda eines politischen Entscheidungsträgers
- Agendastrukturierung: Prioritätenebung von bereits auf der Agenda stehenden Problemen
- Agendaausschluss: Fernhalten eines Themas von der Agenda
- Diskussionsagenda: bezieht sich auf alle gesellschaftlichen Probleme, die öffentliche Aufmerksamkeit erlangen
- Entscheidungsagenda: Probleme, die für eine ernsthafte Betrachtung durch die politischen Entscheidungsträger in Frage kommt
- Salienz: Wichtigkeit, Bedeutung oder Dringlichkeit für die Öffentlichkeit

→ Agendagestaltung ist ein fortwährender Prozess

Akteure, die geringere Machtressourcen verfügen, müssen vermehrt auf den öffentlichen Diskurs setzen, um unbeteiligte Akteure einzubinden, die Partei mit mehr Macht versucht jedoch, den Konflikt zu verschweigen um ihre Machtverhältnisse zu behalten

→ politische Macht zeigt sich dadurch, bestimmte Themen von der Agenda fernzuhalten

- **Modell der externen Initiative:** Akteure ausserhalb der Regierung starten einen Diskurs, und das Thema gelangt durch Medien, Lobbying, etc. auf die Diskussionsagenda
- **Mobilisierungsmodell:** innerhalb der politischen Arena wird ein Problem erkannt, das von der Öffentlichkeit noch gar nicht wahrgenommen wurde
- **Modell der internen Initiative:** Agendagestaltung, die eine öffentliche Teilnahme weitgehend ausschliesst

Multiple Streams Modell: Es gibt verschiedene Elemente (Probleme, Lösungsvorschläge und Entscheidungsprozesse), von denen zur erfolgreichen Agendagestaltung mindestens 2 zu einem günstigen Zeitpunkt aufeinander treffen müssen. Danach öffnet sich ein Gelegenheitsfenster (policy window) und das Thema landet auf der Entscheidungsagenda

Advokaten-Koalitionen-Ansatz: Jede Koalition hat Kernvorstellungen, Positionen auf der konkreten Policy Ebene und Positionen auf instrumenteller Ebene. Diese Wertevorstellungen bestimmen die Richtung ihres Handelns. Politik Vermittler (policy brokers) versuchen Kompromisse herbeizuführen.

Modell des durchbrochenen Gleichgewichts: Erklärt warum politische Prozesse im Allgemeinen durch Stabilität und Inkrementalismus (also langsame, schrittweise Änderungen) charakterisiert sind, jedoch manchmal fundamentale Abweichungen von vorherigen Policies produzieren.

- **Wichtige Akteure der Agendagestaltung:**

Exekutive und Legislative: Die Regierung bestimmt die Agenda, Themen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens behandelt werden fliessen in die Abstimmungsagenda, Bestimmungen der Tagesordnung fliessen in die Zeitplanagenda

Judikative: Verfassungsgerichte können aktiv in die Politikgestaltung eingreifen, wenn sie Gesetze als nicht verfassungskonform taxieren. Dies können sie durch „Selbstbegrenzung“ – indem die Regierung und das Parlament eigenständig sich selbst beschränken, in Antizipation einer Annullierung durch das Verfassungsgericht – oder durch die „korrigierende Revision“ – indem das Verfassungsgericht an der einem veränderten Text mitarbeitet. Dies kann ein sehr weitreichender Einfluss sein.

Ministerialbürokratie: Die Bürokraten besitzen gegenüber ihren Dienstherrn einen Informationsvorsprung, was es ihnen leicht macht, die von ihnen als relevant erachteten Themen auf der Entscheidungsagenda zu platzieren.

Supra- und internationale Organisationen: Durch die Empfehlung oder Vorgabe von Internationalen (WTO) oder Supranationalen (EU) Organisationen, müssen diese von den Ländern automatisch auf der Entscheidungsagenda platziert werden.

Medien: Die Medien beziehen durch die Verbreitung, das Bewerten und Beschaffen von Informationen die Öffentlichkeit in den Politikgestaltungsprozess mit ein. Es gibt starke Zusammenhänge zwischen dem Ausmass der Berichterstattung über bestimmte Themen und dem Grad des öffentlichen Interesses daran.

Parteien: Parteien kommunizieren die Themen, die sie für potentielle Wähler erarbeiten über Wahlprogramme, Pressemitteilungen, Plakaten, etc. → jedoch werden nicht automatisch alle Themen, welche Politiker vermitteln wollen, von den Medien aufgegriffen und in der Bevölkerung als wichtig empfunden.

und die Zivilgesellschaft: Auch Interessengruppen können Themen auf der Entscheidungsagenda platzieren, jedoch nur bei hoher Salienz derer.

Kapitel 5: Politikformulierung

→ Politikformulierung stellt eine der komplexesten Phasen des Policy Prozesses dar. Dabei gibt es verfahrensrechtliche Einschränkungen – beziehen sich auf die institutionellen Regeln – und inhaltliche Einschränkungen – beziehen sich auf die zu lösenden Probleme.

- Entscheidungsvorbereitungsphase

Merkmale: Die Regierung wird in parlamentarischen Systemen von den Ministerien unterstützt. Diese sind wiederum in verschiedene Abteilungen, Unterabteilungen und Referate, welche jeweils einen Ausschnitt des Aufgabengebiets bearbeiten. Das *Ressortprinzip* besagt, dass der federführende Minister den erarbeiteten Regelvorschlag nicht mehr dem Regierungskabinet vorlegen muss, jedoch im *Kollegialprinzip* muss die Regierung zusammen den Vorschlag annehmen oder ablehnen. Die Ministerien binden verschiedene Akteure ein:

Experten aus Praxis und Wissenschaft: Ministerialbürokraten können sich auf Informationen stützen, die von Experten aus der Praxis oder Wissenschaft zur Verfügung gestellt wurden → Politikberatung

Man unterscheidet zwischen *kommerziellen Beratern* – wo die Expertise die Haupteinnahmequelle darstellt – *potenziellen Anbietern* – wo einzelne Wissenschaftler die Expertise als Zuerwerbsquelle nutzen – *Spezialisierten Beratungsinstitutionen* – Organisationen mit staatlicher Grundfinanzierung- und *eigenständigen Denkfabriken* – Verbände und Institutionen mit privater Grundfinanzierung.

→ Vor allem in technischen und komplexen Politikfeldern sowie Bereichen, die sich unmittelbar auf die Sicherheit und Gesundheit von Menschen auswirken, sind wissenschaftliche Erkenntnisse unverzichtbar

Evidenzbasierte Politik ist ein Politikstil der sehr stark politisch unabhängige Expertisen berücksichtigt

Inter- und Supranationale Organisationen: Aus Effizienzüberlegungen – wissenschaftliche Studien sind teuer – kann die Ministerialbürokratie die von internationalen Organisationen bereitgestellten Informationen nutzen, z.B. Festlegung des Luftstandards durch die WHO

Wenn Regierungen den IWF oder die Weltbank um finanzielle Hilfe bitten, werden diese mitunter sehr spezielle Policy Vorgaben machen an die die Regierungen gebunden sind, sofern sie unterstützt werden möchten

EU-Einfluss: Die EU kann Verordnungen – für alle Länder verbindlich -, Richtlinien – Rahmengesetzgebung –, sowie Entscheidungen – für betr. Länder verbindlich – festlegen. Mit Empfehlungen und Stellungnahmen bieten sie Hilfen, die jedoch nicht rechtlich verbindlich sind

Interessenorganisationen: → dienen dem Zweck, die Interessen der Mitgliedernach aussen zu repräsentieren und in den politischen Prozess einzuspeisen

- Interessenorganisationen im Wirtschafts – und Arbeitsbereich, z.B. Deutscher Bauernverband oder Gewerkschaft
- Verbände im sozialen Bereich, z.B. Arbeiterwohlfahrt
- Bürgerinitiativen, z.B. Wasser ist ein Menschenrecht
- Vereinigungen im Freizeitbereich, z.B. Deutscher Alpenverein
- Politische und ideelle Vereinigungen, z.B. Greenpeace
- Verbände öffentlicher Gebietskörperschaften, z.B. der Deutsche Städtetag

Politik und Ministerialbürokratie können mit Interessenorganisationen agieren:

- Inside Lobbying: persönlicher Kontakt zwischen Interessenorganisationen und Politikern bzw. Spitzenbeamten
- Outside Lobbying: mediale Massnahmen für oder gegen einen speziellen Policy Vorschlag
- System des politischen Austauschs mit den jeweiligen Entscheidungsträgern in den Ministerien aufbauen → „Tauschhandel“
- Regulatory capture: Ministerialbürokraten bekommen keine Informationen über sämtliche Policy Alternativen, sondern nur über die, welche mit den Zielen der Interessenorganisation in Einklang stehen

Gründe für das Miteinbeziehen von Interessenorganisationen sind, dass der Gesetzgeber auf die Sachkunde im betreffenden Handlungsgebiet angewiesen ist und dass er Hinweise erhält, welche Aspekte des Gesetzes als verbesserungswürdig erachtet werden, möglichst viele verschiedene Interessen sollten miteinbezogen werden → Aufklärungsarbeit
Interessenorganisationen können die Öffentlichkeit erziehen, da dem entscheidenden Wähler das Wissen fehlt, füllen diese die Interessenorganisationen und können so die öffentliche Meinung beeinflussen

Bürgerschaft: einzelne Bürger können ihr Interesse auf ohne den Zusammenschluss mit Gleichgesinnten zum Ausdruck bringen. Um die Bürgermeinung trotzdem miteinzubeziehen finden immer häufiger Konsultationsprozesse statt, wo sich die Bürgerschaft mit der Regierung austauschen kann

Parteiideologie: Damit Gesetzesentwürfe effizient gestaltet werden können, besteht eine Möglichkeit nicht alle möglichen Ausprägungen in Erwägung zu ziehen → parteiideologischer Filter

So schlagen Ministerialbürokraten dem Minister nur die Möglichkeiten vor, welche sich mit ihren Idealvorstellungen decken

→ Verschiedene Parteien möchten verschiedenen Departemente kontrollieren, da die Interessen unterschiedlich verteilt sind

- **Entscheidungsphase:**

Die Entscheidungsphase wird auch als Gesetzgebungsverfahren bezeichnet.

Horizontale Gewaltenteilung herrscht dann, wenn es um das Verhältnis zwischen der Legislativen und der Exekutiven geht. Es gibt 3 verschiedene Arten von horizontaler Gewaltenteilung, parlamentarische, präsidentielle und semi-präsidentielle Systeme

Vertikale Gewaltenteilung geht es darum, ob es sich um einen Bundesstaat oder einen Einheitsstaat handelt, das heisst ob föderalistische Strukturen vorhanden sind oder nicht
→ Dies hat einen Einfluss auf die Gesetzgebung, denn in einem Mehrkammersystem ist es viel schwieriger ein Gesetz durchzubringen als in einem Einkammersystem.

Trotz der schwierigen Legislativen Gesetzgebung haben Regierungen das Ziel, legislatives Scheitern zu verhindern, da – unabhängig von allen anderen Gründen – ein solches Scheitern vor der Wählerschaft immer schlecht aussieht und den Eindruck vermittelt, dass die Regierung unfähig ist, ihre Politikinhalte durchzusetzen

Verhältnis zwischen Regierung und Legislative

Die Parlamentsfraktionen, die die Regierung stützen, verfolgen in der Regel andere Policy Ziele als die Fraktionen, aus denen sich die parlamentarische Opposition zusammensetzt, denn die Parteien ziehen auch bewusst mit unterschiedlichen Policy Angeboten in den Wahlkampf und versuchen, somit mehr Stimmen zu erhalten.

Entscheidungsprozesse im Mehrebenensystem:

Policy Entscheidungen benötigen Zustimmung verschiedener institutioneller Akteure, die als Vetopunkte bezeichnet werden. Vetospieler werden definiert als „individuelle oder kollektive Akteure, deren Zustimmung für eine Änderung nötig ist. Es gibt *Institutionelle Vetospieler* (von der Verfassung festgelegt, z.B. Referendum) und *Parteiliche Vetospieler* (ihre Vetomacht rührt von abweichenden Policy-Präferenzen

Den Einfluss von Vetospielern kommt an auf:

- Die Anzahl (je mehr, desto schwieriger ein Gesetz durchzubringen)
- Ideologische Distanz unter den Vetospielern (je weiter sie auseinander sind, desto schwieriger einen Kompromiss zu finden)
- Kohäsion (wie geschlossen die Fraktionen sind)

Auch Verfassungsgerichte oder in semi- und präsidentiellen Systemen der Präsident können wichtige Vetospieler sein, in Regierungen mit mehreren Parteien kann jeder Koalitionspartner als Vetospieler agieren was aber durch logrolling (Stimmentausch) häufig unterbunden wird.

Kapitel 6:

Implementation bezieht sich auf den Prozess der Umwandlung politischer Absichten in konkrete Handlungen. → Man untersucht inwieweit bestimmte Policy Outputs (Gesetze und Verordnungen) in entsprechende Outcomes (Verhaltensänderungen) führen
Normalerweise liegt die Durchführung und Umsetzung politischer Programme den hierfür zuständigen Verwaltungseinheiten. Ausgestaltung und Vollzug der Policy variiert erheblich:

- Nach Grad der *institutionellen Trennung zwischen Gesetzgebungs- und Vollzugskompetenzen*
- Nach Grad der *Zentralisierung von Vollzugskompetenzen* → in der Schweiz sehr grosse Varianz durch den Vollzugsföderalismus
- Nach Art der Vollzugsbehörde (allgemeine oder spezielle) → Spezielle Vollzugsbehörden (auch Agencies) beschränken sich auf einen abgegrenzten Themenbereich → vor allem bei technischer/wissenschaftlicher Komplexität

New Public Management: Basiert auf der Idee der stärkeren Aufgabenteilung zwischen den einzelnen Organisationen → Autonomere Position und Bündelung professioneller Expertise führt zu effektiveren Implementation

Konditional- und Zweckprogramme: Ein *Konditionalprogramm* ist eine Festlegung eines Verwaltungshandelns, das der Verwaltung keinen Entscheidungsspielraum mehr lässt. *Final- und Zweckprogramme* legen lediglich die angestrebten Ziele und den Zweck einer Massnahme fest, die Mittel sind noch frei.

„Top-Down“ Ansatz: Soll/Ist Vergleich von angestrebten Zielen und tatsächlichen Effekten, Analyse der Ursachen für die Abweichung von den Zielvorgaben → Grad der Zielerreichung

→ Street Level Bureaucrats (Mitarbeiter, die direkten Kontakt zu den Policy Adressaten haben) werden systematisch ausgelassen

„Bottom-Up“ Ansatz: Politiker haben kein Interesse an klaren Zielen, um sich einfacher einer Nachprüfung zu entziehen

Implementationsprozesse implizieren komplexe Interaktionsmuster zwischen staatlichen und privaten Akteuren und Organisationen auf unterschiedlichen Ebenen mit unterschiedlichen, potenziell divergierenden Prioritäten, Interessen und Wertvorstellungen im Hinblick auf ein bestimmtes Policy Problem

→ Implementation als Prozess der Problemlösung

Hybridmodell:

Ambiguität bezieht sich auf den Grad der Konkretisierung bzw. Offenheit politischer Ziele und der gewählten Instrumente zur Zielerreichung

- Administrative Implementation: geringer Konflikt und geringe Ambiguität → Roller der Verwaltung ist die eines Instruments zur Realisierung der politischen Zielvorgaben
- Politische Implementation: klare Zielvorgaben aber ausgeprägter Zielkonflikt → Policy Outcomes durch zwischen Vollzugsverwaltung und polit. Führung
- Experimentelle Implementation: hohe Ambiguität und geringer Konflikt, Policy Outcomes hängen in starkem Masse von den Kontextbedingungen ab
- Symbolische Implementation: hohe Ambiguität und grosser Konflikt, Implementationsprozesse vor allem durch Blockaden und Verzögerungen gekennzeichnet

Kriterien zur Bestimmung des Implementationserfolges: Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die ergangen sind um die Rechte und Pflichten, die sich aus einer Policy ergeben, in die bestehende Rechtsordnung zu inkorporieren beschreibt die *formale Umsetzung*. Den „Geist des Gesetzes“, inwieweit sie adäquat sind um die angestrebten Ziele zu erreichen untersucht die *praktische Anwendung*.

→ für die effektive Implementation wichtig ist die Umsetzung von Policies (*Outcomes*) und weniger die Verbesserung von Policy Wirkungen (*Impacts*), deshalb auch Vergleich verschiedener Policies möglich

→ effektive Implementation entspricht der Bereitschaft der involvierten Akteure, Policy Vorgaben zu akzeptieren und umzusetzen

Defizite im Policy Design: Eine hohe Anzahl an Vetospielern führt dazu, dass die Klärung strittiger Aspekte von Policies in der Implementationsphase vorzunehmen ist → Defizite in der inhaltlichen Ausgestaltung einer Policy

Auf EU Ebene: vielfach nur schwer vereinbare Interessengegensätze zwischen einzelnen oder mehrere Gruppen von Mitgliedstaaten begünstigen Policy Defizite

Prinzipal-Agenten-Theorie: Durch Delegation von Kompetenzen auf nachgeordnete Verwaltungseinheiten können nicht alle Agenten vollständig vom Prinzipal überwacht werden

Instrumente: Implementationsdefizite können entstehen, wenn das ausgewählte Instrument zu anspruchsvoll oder unpassend ist

Institutionelles Design: Notwendigkeit zur Schaffung von integrierenden institutionellen Strukturen, um die Umsetzung solcher sektorübergreifenden Policies zu verbessern

Kapazitäten der Vollzugsverwaltung: personelle, finanzielle, technische und organisatorische Ressourcen sind wichtige Kapazitäten der für die Umsetzung zuständigen Vollzugsbehörde

Kapitel 7: Policy Evaluation

- Was ist der Evaluationsgegenstand

- **Formative Evaluation:** Ziel, bereits angewandte Policy zu verbessern, indem auf der Basis des Soll-Ist Vergleich Empfehlungen für deren Veränderung ausgesprochen werden
- **Preformative Evaluation:** ähnlich wie formative Evaluation, liefert Grundlage für das Design einer Policy → kommt während der Agendagestaltung und Politikformulierung zum Tragen
- Evidenzbasierte Politikgestaltung:** Policy Vorschläge weichen häufig aufgrund verschiedener Faktoren von der aus wissenschaftlicher Sicht effizientesten oder effektivsten Lösungsmöglichkeit ab → evidenzbasierte Politikformulierung versucht diese Abweichungen möglichst klein zu halten
- **Summative Evaluation:** untersuchen den Erfolg von Policies während der Implementationsphase oder nach dem Abschluss von Policies oder Programmen
- Netto Wirkung der Policy soll von anderen Entwicklungen isoliert werden:
 - Endogener Wandel: Problem, welches Policy beheben sollte ist bereits gelöst
 - Exogener Wandel: Andere Faktoren als die Policy beheben das Problem
 - Exogener Schock/plötzlich auftretende Ereignisse: Ereignisse die nicht mit der Policy zusammenhängen aber trotzdem einen Einfluss haben (Bsp: US Leitzinserhöhung für Schweizer Konjunktur)

- Zu welchem Zweck wird evaluiert

- Erkenntnisse über die Wirkungsweise von staatlichen Massnahmen sollen generiert werden
- Kontrolle der öffentlichen Verwaltung, wie gut erfüllt eine Policy ihr Ziel
 - Interne Leistungsmessung
 - Externe Leistungsmessung
 - Vergleich anhand einheitlicher Indikatoren (Benchmarking)
- Entwicklung und Veränderung von Policies und Programmen
- Legitimation der Policy durch Offenlegung von Kosten und Nutzen
 - Kosten-Nutzen-Analyse: zielt darauf ab, sämtliche Kosten und Nutzen der zu bewertenden Massnahme in Geldeinheiten zu bewerten
 - Kosten-Wirksamkeit-Analyse: Nutzen nicht in Geld-, sondern in natürlichen Einheiten (z.B. Lebensverlängerung in Jahren)
 - Kosten-Nutzwert-Analyse: bewertet staatliche Massnahmen aus Sicht der Policy Adressaten
- Strategische Funktion: Evaluation entweder durch komplett Politiker oder aus systematischen Daten, die dann aber so interpretiert werden, dass die gewünschte Aussage entsteht
- Policy-Evaluationen können nicht nur einem, sondern vielen Zwecken dienen

- **Anhand welcher Kriterien findet die Evaluation statt?**
 - Programmtheorien: wie führen Policies oder Programme zu Veränderungen in den betreffenden Problemfeldern
 - Wirkungstheorien zielen in erster Linie darauf ab, wie Policies und Programme ihre Zielgruppen beeinflussen
 - Nutzungsplan listet die staatlichen Dienstleistungen auf, die zur Verfügung gestellt werden
 - Organisationsplan bezieht sich auf notwendige Ressourcen, Infrastruktur und die generelle Organisation
 - Sozialwissenschaftliche Theorien möchten verallgemeinerbare Aussagen zum Zusammenhang zwischen Variablen liefern
 - dienen bei Evaluationsstudien vornehmlich dazu, die Erwartungen bezüglich der Wirkung von Policies zu spezifizieren, die dann empirisch überprüft werden
- **Wer führt die Evaluation durch?**
 - Interne Experten: Angehörige der selben Organisation
 - Externe Experten: aus Wissenschaft, kommerzielle Anbieter oder Experten aus internationalen Organisationen
- **Mit welchen Modellen wird evaluiert?**
 - Evaluationen gehen naturgemäss mit Bewertungen einher
 - Erkenntnistheoretischer Rationalismus: Trennung von objektiven Fakten und subjektiven Wahrnehmungen
 - Sozialkonstruktivismus: Evaluationsaktivitäten untersuchen nicht die Wirkung von Policies sondern lediglich deren Wahrnehmung bzw. soziale Konstruktion
- **Experimentelle und quasi experimentelle Verfahren:**

Experimentelle Verfahren legen einen Schwerpunkt auf die Objektivität und Präzision der gesammelten Informationen

Untersuchen Kausalität, also versuchen eine Beziehung zwischen Ursache und Wirkung herzustellen

Quasi experimentelle Designs entsprechen einem Experiment, in dem Mitglieder von Experimental- und Kontrollgruppe nicht zufällig ausgewählt werden, sondern aufgrund vorhandener Eigenschaften der Versuchsobjekte wie zum Beispiel Alter, Geschlecht, Konsumgewohnheiten oder politische Einstellungen
- **Qualitative Verfahren:**
 - Qualitative Evaluationen betonen etwa die Notwendigkeit, die Komplexität des Evaluationskontextes beizubehalten, sowie den Wert der subjektiven menschlichen Interpretation im Evaluationsprozess
- **Evaluation in der Praxis:**

Policy Erfolg bezieht sich auf:

 - Akteure halten sich an die gesetzlichen Vorgaben
 - zieht die Policy die beabsichtigten Effekte nach sich
 - Nutzen für die Zielgruppe
 - Kriterien des jeweiligen Politikfeldes

Politischer Erfolg bezieht sich hingegen auf die *Verbesserung der Wahlchancen*, ob die *Regierung Handlungsfähigkeit beweisen* und ihre *ideologischen Positionen* durchsetzen kann.

→ Anwendung wissenschaftlicher Standards bei der praktischen Umsetzung von Evaluationen durchaus eine Herausforderung

Kapitel 8:

Gouvernance: Oberbegriff aller Formen sozialer Handlungskoordination, als Gegenbegriff zu hierarchischer Steuerung und zur Bezeichnung der Gesamtheit aller in einem Gemeinwesen bestehenden und miteinander verschränkten Formen der kollektiven Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte (Mayntz, 2010)

Definitionen: Gouvernance kann gleichgesetzt werden mit *politischer Steuerung*, verstanden als bewusster Versuch der Handlungskoordination mit dem Ziel der Erreichung bestimmter Policy Ziele.

Oder: Gouvernance kann als *nicht hierarchische Koordination* verstanden werden. Kooperation von Akteuren in einem politischen System basiert demnach auf der Notwendigkeit, Ressourcen auszutauschen und erfolgt mittels Verhandlungen über gemeinsame Policy Ziele und Massnahmen. → Regieren jenseits des Nationalstaates oder Governance without Government

- Gouvernance bezieht sich auf das Steuern und Koordinieren des Handelns von kollektiven Akteuren
- Findet auf der Grundlage von institutionalisierten Regeln statt
- Interaktionsmuster sowie Formen des kollektiven Handelns, welche im Rahmen von Institutionen stattfinden entsprechen auch dem Gouvernance Konzept
- Prozesse des Steuerns bzw. der Handlungskoordination, die Organisationsgrenzen überschreiten liegen zugrunde

- **Formen von Gouvernance:**

- Hierarchie basiert auf einem institutionalisierten Über-/Unterordnungsverhältniss, in dessen Rahmen die Handlungsautonomie der untergeordneten Akteure entsprechend beschränkt ist; Staat spielt zentrale Rolle im Prozess der Politikgestaltung
→ Wettbewerbs- und Verhandlungssysteme sind die beteiligten Akteure gleichwertig
- Gouvernance durch Wettbewerbssysteme besagt, dass Kollektivgüter auch ohne staatliche Intervention effizient und effektiv bereitgestellt werden können, jedoch: Staat legt im Voraus Wettbewerbsordnung fest
- Verhandlungssysteme bzw. Politiknetzwerke basiert die Handlungskoordination nicht auf der Konkurrenz zwischen den Akteuren, sondern auf deren freiwilliger Kooperation zur Lösung von Interessenkonflikten durch Verhandlung

- **Idealtypische Modelle:**

- **Interventionistische Regierung:** Verantwortung und Entscheidung über die inhaltliche Ausgestaltung von Policies liegt beim Staat, schliesst jedoch Beteiligung privater Akteure nicht aus
- **Regulierte Selbstregulierung:** bezieht sich auf Koordinationen von einer kooperativeren Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren; Einbeziehung von privaten Akteuren in Politikgestaltung ist stärker formalisiert und institutionalisiert
- **Koregulierung:** mittels Vereinbarungen zwischen staatlichen und privaten Akteuren werden Entscheidungen getroffen; Private sind **gleichberechtigt**
- **Private Selbstregulierung:** Ausgestaltung von Policy Instrumenten durch Private allein auf freiwilliger Basis, staatliche Akteure allerdings nicht vollkommen bedeutungslos, können wichtige Steuerungsfunktionen wahrnehmen

Corporate Social Responsibility: wird freiwillig durch Unternehmen ergriffen, um die negativen Externalitäten ihres Handelns zu beseitigen

- **Good Governance:**

Good Governance ist eine rechtsstaatliche, effiziente und bürgernahe Regierungs- und Verwaltungspraxis

→ Frage ob Input Legitimität (Herrschaft durch das Volk) oder Output Legitimität (Herrschaft für das Volk) als primäres Evaluierungskriterium herangezogen werden soll

- **Entscheidungskapazität:**

Grundvoraussetzung für effektive politische Steuerung ist die Fähigkeit von Regierungen, überhaupt bestimmte Entscheide treffen zu können → Potential zur Entscheidungsfindung umso höher, je mehr Kompetenzen von der Regierung abgegeben werden (betroffene Akteure können selber entscheiden und Entscheidungsblockaden werden unwahrscheinlich)

- **Implementationseffektivität:**

Qualität politischer Steuerung hängt davon ab, wie oder schlecht einmal getroffene Entscheidungen von der Vollzugsverwaltung und den Regelungsadressaten umgesetzt werden

- Detaillierte und rechtlich verbindliche Regeln stellen einen Hebel dar, die Einhaltung von Vorgaben gegenüber den Adressaten rechtlich durchzusetzen
- Intrinsische Anreize zur Regelbefolgung aber genauso wichtig
→ regulierte Selbstregulierung als einzige Form in- und extrinsische Implementationsanreize kombiniert

- **Demokratische Legitimation:**

Demokratische Legitimationsrechte sollen möglichst viele gesellschaftliche Akteure einbeziehen, aber auch Ausübung von Kontrollrechten sehr wichtig

Kapitel 9:

- **Ursachen für internationale Kooperation:**

Probleme, welche über die Grenzen nationaler Souveränität hinausgehen → können nicht länger durch einseitiges Handeln nationaler Regierungen gelöst werden

→ Internationale Regime: Zusammenhänge von impliziten oder expliziten Prinzipien, Normen, Regeln, und Entscheidungsverfahren, an denen sich die Erwartungen von Akteuren in einem gegebenen Problemfeld der internationalen Beziehungen ausrichten

- **Inkongruenz zwischen Problem- und Entscheidungsstrukturen:**

Das Ausmass der Bereitstellung eines öffentlichen Guts kann durch den grössten individuellen Beitrag (best shot) –Bsp. Bereitstellung eines globalen Systems für die Verwaltung von Internetadressen und Domainnamen – oder durch den kleinsten individuellen Beitrag (weakest link) – Bsp Kontrolle illegaler und gefährlicher Inhalte im Internet

- **Ökonomische Interdependenzen:**
 Wirtschaftlich verflochtene Länder haben einen starken Anreiz, Probleme kollektiven Handelns zu vermeiden indem sie ihre Policies harmonisieren, dies stellt eine Möglichkeit für nationale Regierungen dar, potenzielle Auswirkungen des Regulierungswettbewerbs zu reduzieren und auf diese Weise ihre Steuerungsfähigkeit aufrecht zu erhalten
 Formen und Politikfelder
 Kooperation führt häufig zur Gründung inter-, trans- oder supranationaler (EU) Organisationen
 → verschieden Akteursgruppen haben Einfluss auf die internationale Politikgestaltung:
 - Gesellschaft, wird meist durch NGO's repräsentiert
 - Wirtschaft, wird meist durch transnationale Unternehmen vertreten
 - Wissenschaft, Beteiligung von Experten und Beiräten
 → Politikgestaltungsprozess wird häufig als globale Gouvernance oder transnationale Gouvernance bezeichnet
 - Transnationale staatliche Netzwerke
 - Streitschlichtungsgremien
 - Initiativen aus mehreren Stakeholdern, Bsp: Initiativen zum Schutz der Korallenriffe
 - Freiwillige Regulierungen:
 - Finanzmechanismen (generieren oder umverteilen von Ressourcen)
- **Muster internationaler Kooperation:**
 Grosse Unterschiede im Bezug auf die relevanten Entscheidungsregeln und das Ausmass in dem Mitgliedsstaaten autonome Befugnisse an internationale Organisationen delegieren
 Entwicklung von Policies auf der internationalen Ebene sehr problematisch weil hohe Heterogenität nationaler Interessenpositionen, sowie hohe Entscheidungsquoten für die Beschlussfassung → Häufig Paketlösungen
 - Nationale Interessenskonstellationen hängen grösstenteils vom jeweiligen Problemtyp ab
 - Internationale Kooperation wird gefördert durch aktive Bemühungen auf int. Ebene von Vorreiterländern
 - Interessenskonstellationen können sich während Verhandlungen ändern
- **Unterschiedliche Problemtypen:**
 - **Koordinationsprobleme** beziehen sich auf Konstellationen, in denen die beteiligten Länder ein starkes Interesse an der Entwicklung gemeinsamer Lösungen haben und in denen zwischen den Ländern Einigkeit über die Art der Problemlösung herrscht
 - Bei **Einigungsproblemen** haben die beteiligten Staaten durchaus Interesse an der Entwicklung einer gemeinsamen Lösung, jedoch stark unterschiedliche Vorstellungen, wie die Lösung ausgestaltet werden soll
 - Bei **Defektionsproblemen** besteht ein Anreiz für individuelle Staaten zum Trittbrettfahrerverhalten
 → Bei produktbezogenen Regelungen haben die Staaten meistens mehr Anreiz für eine gemeinsame Lösungsfindung als bei Prozessstandards!
- **Innovationspotential von Vorreiterstaaten:**
 Dynamik internationaler Kooperation kann durch wegweisende Aktivitäten von Vorreiterstaaten beeinflusst werden, sie können die Bandbreite und das Niveau internationaler regulativer Kooperation auf lange Sicht erhöhen
- **Deliberation und Diffusion:**

Joerges und Neyer sagen, dass Akteure durch eine gemeinsame Problemlösungsorientierung charakterisiert sind → deliberative Problembewältigung ermöglicht Lernprozesse zwischen den verhandelnden Akteuren

3 Faktoren, für deliberative Problemlösung:

- Unsicherheit über die Verteilungseffekte einer Policy
- Institutionalisierte Interaktion nationaler Vertreter über einen längeren Zeitraum hinweg
- Institutionelle Strukturen, die den regelmässigen Austausch zwischen nationalen Experten & Repräsentanten ermöglichen

- **Implementation internationaler Policies:**

Wichtige Rolle nichtstaatlicher Akteure bei der Policy Implementation

→ wenn nationale Regierungen Policies akzeptieren, die in ihrem Interesse liegen, kann davon ausgegangen werden, dass die Implementation gut verläuft, zudem sind Staaten auch auf ihre Reputation gegenüber der internationalen Gemeinschaft bedacht

→ internationale Policies basieren aber auch häufig auf der Definition der besten Praxis und werden dadurch zuerst freiwillig angewandt

→ internationale Policies werden zunehmend durch Massnahmen begleitet, die ihre Umsetzung stärken und die Vollzugsbehörden von der Wichtigkeit der Umsetzung überzeugen

Kapitel 10:

- Linear additives Kausalitätsverständnis → warum?
- Kombinierte Kausalität → wie?

→ inkrementelle Veränderungen treten häufiger auf als weitreichende Reformen, da diese den Policy Kern betreffen (-> vgl. Advokaten Koalitionen Ansatz)

Konzept des sozialen Lernens:

- Wandel erster Ordnung: grundlegende Ziele, Problemlösungsvorstellungen, Problemwahrnehmungen
- Wandel zweiter Ordnung: instrumentelle Ausgestaltung
- Wandel dritter Ordnung: Feineinstellung (Kalibrierung) der Instrumente

Einfluss von Institutionen auf Politikwandel:

- Institutionelle Arena (policy venue) in welcher verhandelt wird, ändert sich
- Andere Akteurskoalitionen mit grundlegend anderen Problemwahrnehmungen (policy images)

Pfadabhängige Verlaufsmuster:

- Selbstverstärkende Sequenzen: langfristige Reproduktion bestehender Politikmuster als Folge kontinuierlich zunehmenden Nutzens für die involvierten Akteure → führt zu Stabilität
- Reaktive Sequenzen: zeitlich geordnete Abfolge kausal verknüpfter Ereignisse → pfadabhängiger Verlauf kann durchaus auch mit weitreichendem Wandel einhergehen

Zeitliche Dimension: Auswahl des Untersuchungszeitraumes stellt eine zentrale Herausforderung für die Analyse von Politikwandel dar, das beobachtete Ausmass des Wandels kann entscheidend von der Definition der Zeitachse bestimmt werden

Politikdichte & -intensität: Wandel kann in unterschiedliche Richtungen gehen (Politikausbau oder -abbau)

- Politikdichte beschreibt, in welchem Ausmass ein bestimmter Politikbereich Gegenstand staatlicher Intervention ist
Änderungen können mit zwei Indikatoren gemessen werden:
 - Anzahl von Policies
 - Anzahl von Politikinstrumenten in einem Politikfeld
- Politikintensität erfasst Veränderungen in der Stringenz staatlicher Intervention in ein einem Politikfeld
 - Mögliche Erhöhungen oder Absenkungen im Regulierungsniveau
 - Verschiebungen in der Reichweite entsprechender Massnahmen

Generelle Muster des Politikwandels: Ausbau ist häufiger als Abbau

- Rechtliche und Administrative Kosten beim Verlassen eines Regulierungspfades
- Anti-Terminierungscoalitionen
- Sperrklinenefekt bezeichnet die Schwierigkeit, einmal etablierte staatliche Leistungsniveaus aufgrund individueller Gewöhnungseffekte zu reduzieren

Abbildung 10.3: Politikkonvergenz und verwandte Konzepte

	Politikkonvergenz	Isomorphie	Politiktransfer	Politikdiffusion
Analytischer Fokus	Effekte	Effekte	Prozesse	Prozesse
Empirischer Fokus	Policy-Merkmale	Merkmale von Organisationen	Policy-Merkmale	Policy-Merkmale
Abhängige Variable	Veränderung von Ähnlichkeit	Veränderung von Ähnlichkeit	Inhalt und Prozess der Politikübernahme	Muster der Ausbreitung

Abbildung 10.4: Überblick über Konvergenzformen

Konvergenzform	Analytischer Fokus
σ -Konvergenz	Veränderung der Variation / Homogenität nationaler Policies
β -Konvergenz	Mobilität im Sinne von „Aufholen“ versus „Zurückfallen“ von Ländern
γ -Konvergenz	Mobilität im Sinne von „Überholen“, Veränderung in Länderrankings
δ -Konvergenz	Veränderungen in der Distanz nationaler Policies zu einem exemplarischen Modell

Abbildung 10.5: Indikatoren der Konvergenz

Indikator	Forschungsfrage	Operationalisierung
Grad der Konvergenz	Wie viel Anstieg von Ähnlichkeit über einen bestimmten Zeitraum?	Abnahme des Variationskoeffizienten oder der Standardabweichung
Richtung der Konvergenz	Aufwärts- oder Abwärtsentwicklung des durchschnittlichen Regulierungsniveaus?	Änderung des Mittelwertes
Reichweite der Konvergenz	Wie viele und welche Länder und Policies konvergieren?	Anzahl der konvergierenden Länder bzw. Policies

Abbildung 10.6: Ursachen internationaler Politikkonvergenz

Faktor	Mechanismus	Effekt
Unabhängiges Problemfeldern	Paralleler Problemdruck	Gleiche Reaktion
Umsetzung internationaler Rechts	Rechtliche Verpflichtung	Direkte Vorgabe für die Angleichung nationaler Policies
Zwang	Politische Macht	Direkte Vorgabe für die Angleichung nationaler Policies
Regulierungswettbewerb	Ökonomischer Druck	Indirekter Wandel durch Umverteilung von Macht und strategischen Handlungsoptionen zwischen Akteuren
Transnationale Kommunikation	Lernen	Indirekter Wandel durch Veränderung von Ideen und Überzeugungen nationaler Akteure